

Antrag für KMV am 11.04.2026

Grünpfeilschilder für Radfahrende in Eimsbüttel

Radfahrende sehen sich häufig genötigt bei einem vermeintlich sicheren Rechtsabbiegen Rotlicht Verstöße begehen zu können. Die vermeintlich positiven Erfahrungen beim nicht befolgen der Vorgaben erhöhen das Risiko einer Gefährdung von sich und anderen bei weitaus kritischeren Situationen.

Zur Steigerung der Akzeptanz von Verkehrsregeln für Radfahrende sollte an den Orten des Radverkehrs an denen ein gefahrloses Rechtsabbiegen, für den Radfahrenden und anderen Verkehrsteilnehmern möglich ist ein Grünpfeilschild (Zeichen 721) zum Einsatz kommen. Z.B. kann dies der Fall sein, wenn das Abbiegen auf einen benutzungspflichtigen Radweg erfolgt oder in eine beginnende 30er Zone.

Beschrieben ist die Umsetzung des Grünpfeilschildes und eines Zusatzschildes mit dem Text „Vor Abbiegen bei Rot STOP an der Haltelinie“ für Hamburg in den „Hamburger Richtlinien zur Anordnung von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen“ kurz HRVV in dem Dokument A431 / 641.90-28

Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung eines Grünpfeilschildes sind damit gegeben. Die geringe Anwendung kann darin begründet sein, dass eine zentrale Prüfung der Möglichkeiten, durch die Verkehrsdirektion 52 vorgesehen ist

Derzeit wird im entsprechenden Dokument unter 3.1. e) beschrieben, dass durch die Verkehrsdirektion 52 (VD52) die Möglichkeiten zur Einführung des Grünpfeils für den Radverkehr unter Beteiligung des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG/IVSI), VD6 und den Straßenverkehrsbehörden an den örtlich zuständigen Polizeikommissariaten geprüft werden.

Die Eimsbütteler Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft mögen sich bitte dafür einsetzen, dass die derzeit im Dokument A431 / 641.90-28 unter 3.1. e) definierte zentrale Prüfung als Ausgangspunkt für eine Bewertung angepasst wird. Und zwar dahingehend, dass auf Vorschlag, durch die örtlichen Polizeikommissariate eine Prüfung erfolgen kann.

Basis der Vorschläge durch die örtlichen Polizeikommissariate können eigene Einschätzungen der Mitarbeiter*innen vor Ort sein aber auch Anregungen aus der Bezirkspolitik oder durch Bürger*innen.

Axel Hunger